

Das dänische Parlament hat den Weg freigemacht für ein gewaltiges Bauprojekt, das Kopenhagen prägen und verändern wird. Die Rede ist von Lynetteholm, einer künstlichen Insel, die für die Hauptstadt gleich in doppelter Hinsicht lebensnotwendig sein soll: als Schutz vor dem steigenden Meeresspiegel und als neuer Wohn- bzw. Lebensraum für bis zu 35.000 Menschen.



Um diesen Hafengebiete von Kopenhagen geht es: Lynetteholm soll Hochwasserschutz und neuen Wohnraum bringen. Umweltschützer sehen das anders. *(Foto: by og havn)*

Laut einem Bericht auf [The Local](#) wurde ein entsprechender Antrag vom Parlament mit großer Mehrheit durchgewunken. Damit könnten die Arbeiten an der Insel, die fast drei Quadratkilometer groß werden soll, bereits im Herbst dieses Jahres Fahrt aufnehmen.

Ein zentrales Anliegen der Planungen ist der Küstenschutz. Daher soll die Insel so konzipiert sein, dass sie Kopenhagen als Damm effektiv gegen zukünftige Sturmfluten

sichert.

Mit solchen und ähnlich aufwendigen Schutzvorrichtungen wird man in den kommenden Jahren auch an anderer Stelle in Dänemark und Europa liebäugeln müssen. Denn mit dem Klimawandel und dem daraus resultierenden Meeresspiegelanstieg rollen gewaltige Probleme auf viele Küstenregionen zu.

Da diese Entwicklung alles andere als neu ist, liegen Pläne für Lynetteholm schon seit Jahren auf dem Tisch. Bereits 2018 hatten Ex-Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen und Frank Jensen, der ehemalige Oberbürgermeister Kopenhagens, lautstark für den Bau der künstlichen Insel geworben.

Und genauso lange (und lautstark) werden die Planungen rund um Lynetteholm begleitet von Diskussionen über die Umweltverträglichkeit eines solch massiven Eingriffs in die Natur. Darauf verwies auch der sozialdemokratische Abgeordnete Thomas Jensen in einem Statement zum Parlamentsentscheid.

Er hatte den Gesetzentwurf zuvor koordiniert und wies Anschuldigungen zurück, man habe nicht genug getan, um die Umweltfolgen des größten Bauprojekts in der dänischen Geschichte angemessen zu berücksichtigen.

„Von allen Gesetzentwürfen, die ich parlamentarisch mit durchgesetzt habe, ist dieser der am gründlichsten diskutierte. Es gab Expertenkonsultationen, technische Überprüfungen und fast 200 Fragen an das Verkehrsministerium, die von unseren Berichterstattem allesamt beantwortet wurden“, teilte Jensen mit.

Angefochten wurde und wird das Bauvorhaben nicht nur von privat organisierten

Protestgruppen, sondern auch vor dem Europäischen Gerichtshof. Der konkrete Vorwurf: Bei der Prüfung der Umweltverträglichkeit seien zwar die Auswirkungen des Baus der Insel selbst berücksichtigt worden - nicht aber die der angeschlossenen Infrastruktur. Gemeint sind damit Straßen, U-Bahnen und natürlich die Wohnkomplexe, die auf Lynetteholm entstehen sollen.

Insofern dürfte die jüngste Parlamentsabstimmung zwar eine wichtige, aber nicht die letzte Hürde auf dem Weg zur Realisierung des Großprojektes gewesen sein. So oder so kommen auf Kopenhagen spannende Zeiten zu.

QUIZ

[Wie gut kennen Sie Dänemark?](#)

sh